



Informationstag



Prof. Dr. Peter Leonhardt (Bildmitte), Andreas Kaiser, Hartmannbund (rechts), im Gespräch mit Passanten

„Da kommt was auf SIE zu: Gesundheitsreform 2004“

Bereits am 10. Oktober 2003 haben Vertreter des Bündnis Gesundheit 2000 im Freistaat Sachsen vor dem Dresdner Kulturpalast einen Aktionstag zur Gesundheitsreform unter der Überschrift „Da kommt was auf SIE zu: Gesundheitsreform 2004“ veranstaltet. Viele Passanten haben die Gelegenheit genutzt, sich vor Ort über die Auswirkungen der Gesundheitsreform zu informieren. Ein eigens dafür zusammengestelltes Informationsfaltblatt fand bei den Passanten regen Zuspruch. Wie groß die Unwissenheit zu den Auswirkungen der geplanten Reformmaßnahmen unter der Bevölkerung sind, wurde in den Meinungsäußerungen deutlich. Ein Beispiel dazu: „Ich bin privat versichert, mich betrifft die Gesundheitsreform nicht“. In persönlichen Gesprächen zwischen den Bürgern und Vertretern des Bündnisses wurden weitere Unklarheiten über die geplanten Änderungen im Gesundheitssystem geäußert. Die Bündnispartner haben die speziellen Auswirkungen auf ihren Arbeitsbereich dargestellt. Prof. Dr. Peter Leonhardt, Arzt und Vorsitzender des Hart-

mannbund, Landesverband Sachsen, machte auf die bürokratische Überbelastung und die Erhebung der Praxisgebühr aufmerksam. Der Zahnarzt Christoph Meißner konnte die Ängste vor der privaten Absicherung von Zahnersatz nehmen. Und Physiotherapeuten sowie Pflegepersonal erläuterten die Reduzierung von Leistungen durch die Reformmaßnahmen. Über Veränderungen, die sich bei der Zuzahlung bei Medikamenten ergeben, klärte der Präsident der Sächsischen Apothekerkammer, Friedemann Schmidt, vor Ort auf.

Aber auch die Probleme der Arzt-, Zahnarzt- und Tierärzthelferinnen wurden durch die Präsidentin des Berufsverbandes, Frau Sabine Rothe, wirksam vertreten. Neben den Bürgern der Stadt Dresden konnte das Anliegen



Die Physiotherapeuten, Frau Elke Schliedermann und Frau Annerose Anys (rechts), am Infostand

des Bündnisses durch die zahlreichen sächsischen Medienvertreter auch landesweit in die breite Öffentlichkeit getragen werden.

kö



Aktivitäten vor dem Informationsstand